

## Betrieb & Gewerkschaft

# Opel Bochum: Verbote einer neuen Radikalisierung?

Von Politisches Sekretariat | 1. November 2004

12 000 Arbeitsplätze will General Motors (GM) in seinen europäischen Werken insgesamt vernichten, davon 10 000 bei Opel/BRD. 4 000 der 9 500 Arbeitsplätze sollten es bei Opel in Bochum sein, 4000 von 20 000 Arbeitsplätzen im Werk Rüsselsheim. Dort blieben die ArbeiterInnen unter der Kontrolle der Betriebsratsspitze und damit weitgehend passiv. Nun ist als Ergebnis des Kampfes von Bochum im Gespräch, dass in Rüsselsheim nicht 4000 sondern 4500 Arbeitsplätze vernichtet werden. Wieviel es in Bochum sein sollen, ist weiterhin unklar.

12 000 Arbeitsplätze will General Motors (GM) in seinen europäischen Werken insgesamt vernichten, davon 10 000 bei Opel/BRD. 4 000 der 9 500 Arbeitsplätze sollten es bei Opel in Bochum sein, 4000 von 20 000 Arbeitsplätzen im Werk Rüsselsheim. Dort blieben die ArbeiterInnen unter der Kontrolle der Betriebsratsspitze und damit weitgehend passiv. Nun ist als Ergebnis des Kampfes von Bochum im Gespräch, dass in Rüsselsheim nicht 4000 sondern 4500 Arbeitsplätze vernichtet werden. Wieviel es in Bochum sein sollen, ist weiterhin unklar.

Es wird also nicht das materielle Ergebnis sein, was die Auseinandersetzung bei Opel Bochum zum Beispiel macht, sondern dass es einen sieben Tage andauernden Kampf gab, der dem Konzern einen Produktionsausfall von über 100 Millionen Euro beschert hat, und der der Konzernleitung gezeigt hat, dass Widerstand in den Betrieben keine blasse Erinnerung an längst vergangene Zeiten ist. Ohne das Signal von Opel Bochum, das von IGM-Vize Huber als „nicht zielgerichtet“ und dem Opel-KBR-Vorsitzenden Franz als „nicht intelligent“ diffamiert worden ist, hätte der europaweite Aktionstag bei GM außerdem nicht den Zuspruch von zehntausenden ArbeiterInnen gefunden. Am Kampf bei Opel Bochum haben sich alle ArbeiterInnen beteiligt, aber er hatte eine besondere Form angenommen. Die KollegInnen verbrachten die Schicht an ihrem Arbeitsplatz.

Sie hatten ihre „Arbeitsbereitschaft“ erklärt, nur arbeiteten sie nicht, weil sie ihr Informationsrecht nach dem Betriebsverfassungsgesetz wahrnahmen. In die Torbesetzungen waren nur wenige Hundert einbezogen um den Kern der gewerkschaftlichen Vertrauensleuten herum. Die mangelnde Einbeziehung der Masse der KollegInnen war sicherlich eine Schwäche, die aus der geringen Tradition der Förderung der Eigenaktivität der KollegInnen in der IG Metall resultiert. Lange gingen die Diskussionen und Auseinandersetzungen in der IG Metall um die Frage, ob mensch die Positionen von Zwickel oder Schmitthenner und danach von Peters oder Huber unterstützen soll. Mittlerweile gibt es eine dritte Position, die nicht einen Flügel der IG Metall-Bürokratie zum Bezugspunkt nimmt, sondern die aus dem Kampf der ArbeiterInnen selbst entstanden ist. Alstom Power Mannheim, Daimler-Chrysler Mettingen und nun Opel Bochum stehen für eine klassenkämpferische Politik, für den Widerstand gegen die neoliberale Offensive des Kapitals.

Hier bildet sich eine Schicht gewerkschaftlicher AktivistInnen heraus, die jenseits von Peters und Huber ihre

eigenen Wege suchen. Noch sind sie unzureichend vernetzt und noch mangelt es an gegenseitiger Unterstützung, d.h. noch ist ihnen zu wenig bewusst, dass sie eine gewerkschaftliche Vorhut mit einer wachsenden überbetrieblichen Verantwortung sind. Aber endlich bringt der Klassenkampf neue AkteurInnen hervor, wie umgekehrt diese gewerkschaftlichen AktivistInnen den Klassenkampf vorantreiben. Unsere Orientierung zum Aufbau für eine klassenkämpferische Gewerkschaftstendenz ist nichts anderes als der Ausdruck dieses Prozesses einer neuen Radikalisierung von ArbeiterInnen. Er kopiert nicht einfach frühere Radikalisierungen, sondern sucht entsprechende Aktionsformen mit eigenen Besonderheiten. Er findet unter den Bedingungen der kapitalistischen Offensive vor dem Hintergrund der Massenerwerbslosigkeit und der beschleunigten Anpassung der Spitzenbürokratie an die Vorgaben des Kapitals statt. Die Aufgabe nicht nur der revolutionären SozialistInnen, sondern aller Aktiven in den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen müsste sein, diesen Prozess so zu unterstützen, dass er noch wirkungsvollere, organisierte Formen annimmt.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Montag den 1. November 2004  
in der Kategorie: **Betrieb & Gewerkschaft, RSB4.**